

Antrag auf Leistungen

**gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen als Soforthilfe für
niedrigschwellige Sprachgelegenheiten und zur Integration für geflüchtete
Menschen aus der Ukraine in Nordrhein-Westfalen**

1. Allgemeine Angaben		
Antragstellerin/ Antragsteller:		
Anschrift:		
Gesetzlicher Vertreter (z. B. Vorsitzende/r bei Vereinen)		
Auskunft erteilt:		
Träger der Maßnahme:		
	Telefon: Mobil: Fax: E-Mail:	
Durchführende Einrichtung:		
Bankverbindung:	Bezeichnung des Kreditinstitutes:	
	IBAN: BIC:	
Zugehörigkeit zur Gruppe:	☐ ☐	Migrant:innenselbstorganisationen ¹ (MSO) Spitzenverbände /Mitgliedsorganisationen der Freien Wohlfahrtspflege Gemeinnützige Körperschaften des privaten Rechts ² (z.B. eingetragene Vereine, gGmbH) Religionsgemeinschaften mit öffentlich-rechtlichem Körperschaftsstatus (z.B. evangelischen Landeskirchen und römisch-katholischen Bistümer) Weiterbildungseinrichtungen (z.B. VHS) ³

¹ Gemäß Ziffer 3 und 4 der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten“

² Gemäß § 52 Abgabenordnung

³ Gemäß § 15 Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen

2. Voraussetzungen⁴		
Die beantragten Mittel dienen als Soforthilfe zur Förderung von niedrigschwelligen Sprachgelegenheiten für geflüchtete Menschen aus der Ukraine. Die mit dieser Richtlinie geförderten Angebote für Sprachgelegenheiten und zur Integration sollen erste elementare Sprachkenntnisse (Deutsch) vermitteln und Teilnehmende alltagsnah in der Ankommensphase unterstützen. Da es sich hierbei um einen Zuschuss aus Mitteln des Sondervermögens im Rahmen des NRW-Krisenbewältigungsgesetzes (Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine; GV. NRW.S. 1131) handelt, können die Mittel nur für die Zielgruppe geflüchteter Menschen aus der Ukraine verausgabt werden.		
Die Antragstellerin / der Antragsteller ist in das Vereinsregister in Nordrhein-Westfalen eingetragen oder eine landesweite, regionale oder kommunale Untergliederung eines eingetragenen Vereins, deren Status in der Vereinssatzung geregelt ist.	☐ Ja ☐ Nein	
Die Antragstellerin / der Antragsteller ist eine in das Handelsregister in Nordrhein-Westfalen eingetragene gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung.	☐ Ja ☐ Nein	
Die Antragstellerin / der Antragsteller ist als gemeinnützig anerkannt und die Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist nicht älter als fünf Jahre.	☐ Ja ☐ Nein	
Die Antragstellerin / der Antragsteller ist eine anerkannte und geförderte Weiterbildungseinrichtungen gemäß § 15 Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen.	☐ Ja ☐ Nein	
3. Maßnahme⁵		
Zeitraum ⁶ :		
Sprachgelegenheit in Verbindung mit	☐ sozialräumlicher Orientierung (z.B. Stadterkundungen, ÖPNV-Nutzung, Besuch von öffentlichen Einrichtungen)	
	☐ Sportangeboten	
	☐ kulturellen Angeboten	
	☐ der Vermittlung von Grundkenntnissen des Gesundheitssystems und gesundheitsfördernden Angeboten	
	☐ Angeboten zu speziellen Themen, wie z.B. Bildungsteilhabe, Wertevermittlung, gesellschaftliches Miteinander	
	☐ Vermittlung von Grundkenntnissen des Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktsystems	
	☐ Sonstiges	
Bezeichnung der Maßnahme		
Anzahl der Teilnehmenden:		
Kurzbeschreibung der Sprachgelegenheit:	(max. 500 Zeichen)	

⁴ Nachweise unter 6.) als Anlagen beizufügen.

⁵ Für jede einzelne Maßnahme ist ein eigener Antrag erforderlich.

⁶ Die Maßnahme muss bis zum 31. Dezember 2023 beendet sein.

4. Finanzierungsplan (Detaillierte Ausgabendarstellung pro Maßnahme) ⁷		
	Ausgabengliederung:	<i>z.B. Honorarmittel, Sachkosten, Fahrtkosten, Eintrittsgelder usw.</i>
	Einnahmen/ Leistungen Dritter:	
	Bewilligte öffentliche Förderungen:	
	Beantragte öffentliche Förderung:	
	Eigenanteil:	
Gesamtsumme:		€
☐	Ich beantrage hiermit Zuwendungen gem. § 44 LHO aus dem Sondervermögen gem. § 2 Abs. 2 Buchstabe e) in Höhe von _____ €.	
☐	Die Zuwendung soll auf das oben benannte Konto überwiesen werden.	
5. Erklärungen des Antragstellers		
Die/ der Antragsstellende erklärt, dass...		
☐	der Bewilligungsbehörde auf Verlangen die zur Aufklärung des Sachverhalts und Bearbeitung meines Antrags erforderlichen Unterlagen und Informationen unverzüglich zur Verfügung stelle.	
☐	sicherzustellen ist, dass die Bewilligungsbehörde, der Landesrechnungshof NRW oder von diesen Stellen Beauftragte auf Verlangen die Prüfung der zweckentsprechenden Verwendung an Ort und Stelle ermöglicht wird.	
☐	die Leistungen aus dem Sondervermögen in der Steuererklärung für das Jahr 2023 anzugeben sind.	
☐	im Falle einer Überkompensation die erhaltenen Leistungen aus dem Sondervermögen ganz oder teilweise zurückzahlen ist, da andere Fördermittel vorrangig einzusetzen sind.	
☐	keine weiteren oder vorrangigen Mittel (z.B. EU- oder Bundesmittel) beantragt wurden, um die Folgen des russischen Angriffskrieges zu kompensieren.	
☐	die Arbeit der Organisation und insbesondere die geplante Maßnahme mit den Zielen des Teilhabe- und Integrationsgesetzes NRW vereinbar ist.	
☐	er/ sie unabhängig von staatlichen Strukturen im In- und Ausland sowie von Parteien ist.	
☐	er/ sie nachgewiesene Erfahrung in der Durchführung von Projekten hat, wobei die Erfahrung ihrer oder seiner gesetzlichen Vertretung oder der für das Projekt verantwortlichen Person zugerechnet wird.	
☐	die Angaben in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind.	
5.1. Hinweise auf § 264 StGB		
Mir ist bekannt, dass...		
☐	sämtliche in diesem Förderantrag gemachten Angaben sowie die in den beigegeführten Anlagen/ Vordrucke gemachten Angaben subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 StGB sind.	

⁷ Ohne eine Verteilung der einzelnen Summen im Finanzierungsplan kann das Projekt nicht bewilligt werden.

☐	sämtliche während und nach dem Ende der Maßnahme gemachten Angaben (postalisch oder elektronisch) und eingereichten Unterlagen (postalisch oder elektronisch), insbesondere die Angaben in dem Zwischennachweis und die Angaben in dem Verwendungsnachweis ebenfalls subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 Abs. 8 StGB sind.
☐	die Regelungen des Zuwendungsbescheids und die ihm beigefügten allgemeinen und besonderen Nebenbestimmungen als eine Verwendungsbeschränkung im Sinne des § 264 Abs. 1 Nr. 2 StGB anzusehen sind.
☐	ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich einer für die Bewilligung einer Subvention zuständigen Behörde oder einer anderen in das Subventionsverfahren eingeschalteten Stelle oder Person (Subventionsgeber) über subventionserhebliche Tatsachen für mich oder einen anderen unrichtige oder unvollständige Angaben mache, die für mich oder den anderen vorteilhaft sind.
☐	ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich einen Gegenstand oder eine Geldleistung, deren Verwendung durch Rechtsvorschriften oder durch den Subventionsgeber im Hinblick auf eine Subvention beschränkt ist, entgegen der Verwendungsbeschränkung verwende,
☐	ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich den Subventionsgeber entgegen der Rechtsvorschriften über die Subventionsvergabe über subventionserhebliche Tatsachen in Unkenntnis lasse oder
☐	ich mich gemäß § 264 Abs. 1 StGB strafbar mache, wenn ich in einem Subventionsverfahren eine durch unrichtige oder unvollständige Angaben erlangte Bescheinigung über eine Subventionsberechtigung oder über subventionserhebliche Tatsachen gebrauche,
☐	es für eine Strafbarkeit nach § 264 StGB nicht erforderlich ist, dass die Zuwendung für mich selbst beantragt wird oder dass die beantragte Zuwendung tatsächlich gewährt wird.
6. Dokumentenupload	
☐	Vereinsregisterauszug/ Handelsregisterauszug
☐	Nachweis Weiterbildungsgesetz
☐	Anerkennung der Gemeinnützigkeit
7. Hinweis zum Datenschutz	
☐	Ich stimme der Erhebung und Verarbeitung meiner für die Zuschussgewährung erforderlichen Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen (EU-DSGVO) zu.

 Ort, Datum

 Unterschrift
 des Vertretungsberechtigten des
 antragstellenden Trägers